

Europa muss Flüchtlingen Schutz bieten – und ihnen die Arbeitsuche erlauben!

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

seit dem Zweiten Weltkrieg stand Europa nicht mehr einer solchen Flüchtlingswelle gegenüber: Hunderttausende Kriegs- und Armutsflüchtlinge erreichen in diesen Tagen Europa. Millionen sind weltweit auf der Flucht. Die Hilfs- und Aufnahmebereitschaft gerade in Deutschland ist wirklich beeindruckend. Die menschenwürdige Unterbringung und Integration der Migrantenfamilien ist die zentrale politische und gesellschaftliche Herausforderung.

Weit ärmere Regionen indes meistern teils seit Jahrzehnten ganz andere Größenordnungen. So hat zum Beispiel der Libanon bei 4,5 Millionen Einwohnern mehr als 1 Million Syrer aufgenommen. Das Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen UNHCR spricht von insgesamt 60 Millionen Flüchtlingen im Jahr 2014.

Dieses gesagt, müssen wir dennoch in Europa endlich handeln. Angesichts der drohenden Folgen der Erderwärmung und der dramatischen Lage in Nahost, Nordafrika sowie Ländern wie Eritrea oder Afghanistan wäre es verantwortungslos, davon auszugehen, dass die Flüchtlingsströme nach Europa demnächst abebben könnten. Aber auch im eigenen Interesse müssen alle europäischen Staaten davon Abstand nehmen, Grenzzäune und bürokratische Hürden zu errichten, statt sich der Schutzsuchenden anzunehmen und sie in gesellschaftliches Leben und Arbeitsmarkt zu integrieren. Angesichts alternder und zurückgehender Bevölkerung in fast allen Mitgliedstaaten der EU liegen in der Zuwanderung große Chancen, die es zu nutzen gilt.

Leider liegt die Zuständigkeit für Flüchtlingsfragen noch immer in erster Linie bei den Mitgliedstaaten. Mit Kleinstaaterei kann Europa die Lage aber nicht auf menschenwürdige Art meistern. Es kann nicht sein, dass Länder wie die Türkei, der Libanon oder

auch Tansania Millionen Flüchtlinge beherbergen während in Europa auf Asylsuchende mit Achselzucken, Hetze oder sogar Gewalt reagiert wird und die eigentlich klaren Regeln der EU und des Schengen-Raums ungestraft ignoriert werden können.

Zu einer erfolgreichen europäischen Migrations- und Flüchtlingspolitik gehören meiner Ansicht nach vier Säulen. Es muss mehr dafür getan werden, die Situation in den Herkunftsländern zu stabilisieren durch Hilfe zur Selbsthilfe. Europa muss sich am Kampf gegen IS beteiligen und eine Nordafrika-Strategie entwickeln. Zweitens braucht es legale Wege der Arbeitsmigration; wir schlagen ein Punktesystem nach kanadischem oder neuseeländischen Vorbild und Zuwanderungskorridore mit „Hotspots“ vor. Drittens müssen die EU-Mitgliedstaaten faire und realistische Verteilungsschlüssel finden, wie sie die FDP schon seit Jahren fordert. Dazu gehört auch die Einteilung der Länder des westlichen Balkans als sichere Herkunftsländer. Viertens gilt es, einen wirksameren Schutz der EU-Außengrenzen aufzustellen, etwa durch den Aufbau einer EU-Küstenwache.

EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker hat in seiner jüngsten Rede vor dem Europaparlament gute Vorschläge gemacht, darunter auch feste Verteilungsschlüssel und ein Ende des Arbeitsverbots. Ich begrüße es ausdrücklich, dass die Kommission Anfang 2016 Vorschläge für legale Zuwanderung vorlegen will.

Denn genau diese brauchen wir angesichts des demografischen Wandel und zunehmenden Fachkräftemangels. Allein in Deutschland gibt es 500.000 offene Stellen zu besetzen. Gerade kleine und mittlere Unternehmen leiden besonders unter dem Fachkräftemangel. In ganz Europa wird der Anteil der arbeitenden Menschen an der Gesamtbevölkerung weiter sinken. Die Politik ist hier doppelt gefragt: Es gilt nicht nur, bürokratische und



Michael Theurer ist Mitglied des Europaparlaments und des FDP-Präsidiums sowie FDP-Landesvorsitzender in Baden-Württemberg

gesetzliche Hürden für die Arbeitsuche und -aufnahme von Migranten abzubauen. Kostenlose Sprachkurse sind dabei quasi eine Selbstverständlichkeit. Gleichzeitig müssen Arbeitsmärkte reformiert und insbesondere für die Ausbildung das Bleiberecht geklärt sein. Auch müssen Ängste und Vorurteile abgebaut werden: Ein großer Teil der Immigranten, darunter die Flüchtlinge, sind jung, motiviert und willens, einer Beschäftigung nachzugehen oder sogar ihren eigenen Betrieb zu gründen. Damit soll keiner Naivität Vorschub geleistet werden: Dass in Europa mehr gegen Terrorismus und Extremismus getan werden muss - sei es aus dem islamistischen oder dem rechtsaußen-Lager, ist richtig. Gerade in dieser Hinsicht ist es entscheidend, Immigranten und Flüchtlinge schnell in die Arbeitsmärkte zu integrieren. Es sind diese Perspektiven, die junge Menschen abhalten können, sich Extremisten aller Art anzuschließen.

Die Herausforderung ist riesig. Sie bedarf einer Vielzahl staatlicher Maßnahmen. Erforderlich ist aber vor allem ein gesellschaftlicher Schulterschluss, der sich auf die Stärken Europas besinnt: Die Grundwerte der Freiheit und Marktwirtschaft, aber auch Solidarität und Demokratie.